



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/1317
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

07. Februar 2022

Mein Aktenzeichen
2212-0001#2022/
0085-0301 343
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dr. Michael Mensing
michael.mensing@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3813
06131 16-17-3813

Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 28. Januar 2022
TOP 5: Gewalt in engen sozialen Beziehungen in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach
§ 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
- Vorlage 18/1085 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, *lieber Herr Präsident*

in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 28. Januar 2022 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu TOP 5 „Gewalt in engen sozialen Beziehungen in Rheinland-Pfalz“ zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Roger Lewentz

Anlage



Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 28. Januar 2022

TOP 5: Gewalt in engen sozialen Beziehungen in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach

§ 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/1085 -

Nach den Ausführungen von Herrn Staatssekretär Profit darf ich Ihnen einen statistischen Überblick zu dem Kriminalitätsphänomen geben, welches wir in Rheinland-Pfalz bislang als „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ bezeichnen und so auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassen.

Ich beziehe mich auf das Berichtsjahr 2020 sowie das erste Halbjahr 2021. Die Fallzahlen für das Gesamtjahr 2021 liegen noch nicht abschließend vor, so dass ich Ihnen derzeit noch keinen Gesamtüberblick über das vergangene Jahr geben kann.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die PKS bundesweit gültig ist und einheitlichen Erfassungs- und Qualitätskriterien unterliegt. Zu den im Folgenden genannten Zahlen aus der PKS ist es wichtig zu betonen, dass die unterjährigen Zahlen für das erste Halbjahr 2021 nur vorläufiger Natur sind und noch Datenqualitätsprüfungen unterliegen, so dass sie als noch nicht abschließend zu betrachten sind.

Die PKS weist für das Berichtsjahr 2020 insgesamt 8.692 Fälle von Gewalt in engen sozialen Beziehungen aus. Gegenüber dem Jahr 2019 war dies ein Anstieg um 319 Fälle (4%). Zu Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 war in Deutschland angesichts der verfügbaren Ausgangsbeschränkungen mitunter eine deutliche Zunahme der häuslichen Gewalt prognostiziert worden. Zumindest aufgrund der polizeilich registrierten Fälle sehen wir diese These nicht bestätigt. Es gab im Jahr 2020 eine Steigerung der Fälle, diese fiel jedoch vergleichsweise moderat aus.

Allerdings bewegen sich die Zahlen insgesamt auf einem recht hohen Niveau. Im 10-Jahresvergleich sind die Fallzahlen von 7.421 Taten im Jahr 2011 um 1.271 Fälle (17,1 %) gegenüber dem Jahr 2020 angestiegen.



Die Zahl der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen stieg im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 134 auf 7.154 Personen. Der Anteil der männlichen Tatverdächtigen betrug 76,8 %, derjenige der weiblichen Tatverdächtigen 23,2 %.

Die Anzahl der Opfer stieg ebenfalls um 318 auf 8.706 Personen. Von diesen Opfern waren 79,0 % weiblichen und 21,0 % männlichen Geschlechts. Das Verhältnis von vier weiblichen Opfern zu einem männlichen Opfer bewegt sich statistisch gesehen seit Jahren auf einem ähnlichen Niveau.

Die Feststellung von erneut mehr als 8.700 Opfern von Gewalt in engen sozialen Beziehungen im Jahr 2020 erschreckt uns einerseits. Sie zeigt andererseits aber auch das Vertrauen in staatliche Institutionen wie der Polizei und die gestärkte Anzeigebereitschaft der Opfer. Diese wird durch das bestehende interdisziplinäre Beratungs- und Unterstützungsangebot gefördert, das wiederum auf die erfolgreiche Arbeit der Netzwerkpartner in Rheinland-Pfalz zurückzuführen ist.

Bei den vorgenannten Zahlen zur Geschlechterverteilung ist zu beachten, dass eine Teilmenge der Fälle, in denen Männer als Opfer und Frauen als Täter registriert sind, auf Gegenanzeigen durch Männer zurückzuführen sein dürften. Dies ist zwar statistisch nicht auswertbar, beruht jedoch auf Erfahrungswerten aus der polizeilichen Praxis. Wir halten es daher aus fachlicher Sicht für notwendig, die Zielgruppe der männlichen Opfer von familiärer Gewalt stärker in den Blick zu nehmen.

Ein Wort noch zu den aktuell vorliegenden Zahlen. Entgegen der zuvor dargelegten statistischen Entwicklung hat die Polizei für das erste Halbjahr 2021 einen Rückgang um 260 Fälle (6,6 %) im Phänomenbereich der Gewalt in engen sozialen Beziehungen registriert. Aus unserer Erfahrung wissen wir aber, dass sich diese vorläufigen Zahlen für das gesamte Jahr 2021 noch stark verändern können. Hier bleibt die valide Feststellung und Bewertung der Jahreszahlen abzuwarten.

Abschließend möchte ich noch kurz über die Arbeit der Täterarbeitseinrichtungen eingehen, die Betroffenen einen Weg aus der Gewaltspirale aufzeigen. Sie bilden damit



eine wichtige Säule zur Verhinderung von Fällen der Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Seit dem Jahr 2007 haben neun Täterarbeitseinrichtungen „Contra häusliche Gewalt“ in allen Landgerichtsbezirken und ein Koordinierungsbüro ihre Arbeit aufgenommen. Ziele der Täterarbeit sind unter anderem die Verbesserung des Opferschutzes und der Gewaltprävention sowie das Bewirken einer Verhaltensänderung beim Täter. Die Einrichtungen und das Koordinierungsbüro werden vom Ministerium des Innern und für Sport gefördert. Zur Deckung der allgemein gestiegenen Kosten der neun Täterarbeitseinrichtungen und des Koordinierungsbüros hat das Ministerium des Innern und für Sport die Fördermittel für das Jahr 2021 auf insgesamt 447.000,00 Euro erhöht. Die langjährige finanzielle Förderung durch das Innenministerium hat zum Aufbau der Strukturen der Täterarbeit in Rheinland-Pfalz beigetragen und schließlich dazu geführt, dass Rheinland-Pfalz bei diesem Thema bundesweit eine Vorreiterrolle inne hat.